Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 4

Artikel: Schwedische Politik und Arbeiterbewegung
Autor: Lundberg, Gunnar
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332084

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wegung in Estland wirkte auf die Lappoleute ermunternd, und sie unterhielten rege Verbindungen mit ihren Gesinnungsgenossen in diesen Ländern. Die Ereignisse vom 30. Juni wirkten aber in Finnland wie in Skandinavien aufklärend auf die bürgerlichen Kreise.

Die Sozialdemokratie bleibt aber nach wie vor eine reine Arbeiterbewegung. Sie versäumt die Möglichkeiten nicht, auch zu der Intelligenz zu sprechen, auf die ja die vorhergehende wirtschaftliche und soziale Entwicklung hat aufklärend wirken müssen. Größere Erfolge sind aber nicht errungen worden; zum Beispiel von den Studenten hat sich nur eine kleine aber mutig kämpfende Schar der Sozialdemokratie angeschlosen.

Die jetzige gute Wirtschaftslage hat die Lage der Sozialdemokratie einigermaßen verbessert. Die Mitgliederzahl (zur Zeit nur 25,000) ist wieder im Steigen begriffen; es gilt, einen größeren Teil von den Sozialdemokratischen Wählern in die Parteikader einzureihen; es gilt, das innere Parteileben zu entwickeln, die marxistische Ueberzeugung zu befestigen. Mehreres ist in diesen Hinsichten in der letzten Zeit getan worden; das meiste ist noch zu tun.

Schwedische Politik und Arbeiterbewegung

Von Gunnar Lundberg, Stockholm.

Die schwedische Sozialdemokratie hatte sich seit 1926 nicht an der Regierung beteiligt. In diesem Jahr hatten die bürgerlichen Parteien nämlich eine derartige Verschlechterung der Arbeitslosenhilfe durchgeführt, daß eine sozialdemokratische Regierung für eine solche Arbeitslosenpolitik die Verantwortung nicht übernehmen wollte. Die allgemeine Meinung in der Partei war auch noch 1930, daß es längere Zeit dauern würde, ehe eine neue sozialdemokratische Regierung in Schweden ans Ruder kommen würde.

Die politische Entwicklung ist aber einen anderen Weg gegangen. Die Wirtschaftskrise, die sich in der Industrie noch im Jahre 1930 kaum bemerkbar gemacht hatte, verschärfte sich sehr schnell, und bei den Wahlen 1932 war es deshalb selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie eine wirksamere Krisenbekämpfung forderte. Oeffentliche Arbeiten für die Arbeitslosen, Staatshilfe für die armen Kleinbauern, Einigung aller Arbeitenden im Kampf für die Demokratie — das waren die wesentlichsten Wahlparolen. Und zwar hatte die Partei sich sehr große Mühe gegeben, die neue Krisenpolitik konkret und praktisch darzustellen. Auch die Finanzierungsmethoden wurden den Wählern im einzelnen dargestellt.

Das Wahlresultat war glänzend. Fürs erstemal erhielt eine Partei in Schweden — und zwar die unsrige — *mehr als eine Million Stimmen.* Prozentual hat die Partei 41,7 Prozent von allen Stimmen bekommen. Mit den Kommunisten gab es eine Stimmenmajorität von ein paar hundert Stimmen gegen sämtliche bürgerlichen Parteien. Im

Reichstag (in der zweiten, direkt gewählten Kammer) bekamen die Sozialdemokraten 104, die kommunistische Opposition 8 und die Moskau-Kommunisten 4 Mandate. Es gab also keine sozialdemokratische Majorität, aber doch eine ganz dominierende Stellung für die Sozialdemokratie. In der Partei herrschte vollständige Einigkeit: *Jetzt können wir nicht umhin, die Verwirklichung unseres Krisenprogramms zu versuchen.* Und die Sozialdemokratie nahm am 20. September 1932 den Regierungsauftrag an.

Während der Zeit bis zur Reichstagseröffnung im Januar 1933 verschärfte sich die Krise sehr stark. Die Vorschläge der Regierung wurden deshalb sehr viel umfangreicher, als man früher den Wählern versprochen hatte. In der Agrarpolitik mußten sogar ganz andere Wege betreten werden. Natürlicherweise standen die bürgerlichen Parteien den Regierungsvorschlägen ziemlich kühl gegenüber. Anderseits fühlten sie doch, daß das Volk jetzt *kräftige Tat* forderte. Vor allem wurde es den Bauern klar, teils daß sie eine Rettung aus dem Preiszusammenbruch, teils daß eine Schrumpfung der Kaufkraft der Arbeiter eine Katastrophe für die Landwirtschaft auslösen müßte in einer Zeit, wo die Exportmöglichkeiten so begrenzt waren. Nach langwierigen Verhandlungen in einem besonderen Krisenausschuß des Reichstages kam endlich im Mai *die Einigung zwischen demokratischen Bauern und der Sozialdemokratie zustande.* Die in diesem Kompromiß festgestellten Richtinien für den Kampf gegen die Krise sind seitdem von der Regierung befolgt worden.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschieht vor allem durch die Durchführung öffenticher Arbeiten. Die alte bürgerliche Politik bedeutete ja immer große staatliche Sparmaßnahmen während einer Krise. *Jetzt hat man absichtlich keine Sparmaßnahmen vorgenommen, die eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit herbeiführen mußten.* Anstatt dessen sind die ordinären staatlichen produktiven Arbeiten — zum Beispiel die Elektrifizierung der Eisenbahnen — sehr stark beschleunigt worden. Die Summen für solche Zwecke sind aber im Krisenetat nicht eingerechnet worden.

Für öffentliche Arbeiten zu Tariflöhnen sind während zweier Reichstage rund 200 Milionen Kronen Kredite beschlosen worden. Die Arbeiten sind von sehr verschiedener Natur — teils rein staatliche, teils gemeindliche, teils auch private. Unter den staatlichen und halbgemeindlichen bemerkt man Brücken über die nordschwedischen Flüsse, Fischerhäfen, staatliche Bauten, vor allem Irrenhäuser, wissenschaftliche Institutionen, Schulen in den armen nördlichen Forstbezirken usw. Unter den staatlich gestützten privaten Unternehmungen bemerkt man vor allem die staatlichen Subventionen für eine Verbesserung der Wohnungen auf dem Lande. Die gemeindlichen Gesundheitsräte haben die Gesuche zu prüfen und der Wohnungsinhaber bekommt dann eine Anleihe für die Verbesserungsarbeiten. Diese Anleihensschuld wird als abgetragen betrachtet, wenn die Verbesserungsarbeit nach der Arbeitsbeschreibung ausgeführt worden ist. 26 Millionen schwedische Kronen sind für diesen Zweck zur Verfügung ge-

stellt worden und in den Hütten der Kleinbauern und Landarbeiter herrscht ein wahrer Enthusiasmus für die Maßnahme. Für die Forstarbeiter, die im Winter im nördlichen Wald arbeiten, werden jetzt auch kleine Landwirtschaften errichtet in einer Anzahl von 3000. Die Arbeiter bekommen dafür zinsfreies Geld bis auf 6000 Kronen. Weiter werden die Wälder verbessert. Staatssubventionen für diesen Zweck werden auch an private Waldbesitzer, die selbst Geld dafür ausgeben wollen, ausbezahlt. *Gerade jetzt sind insgesamt ungefähr 60,000 Arbeiter in derartigen direkt staatlichen Unternehmungen beschäftigt.*

Aber es gibt auch andere öffentliche Arbeiten, die nicht so beliebt sind, nämlich die sogenannten *Nothilfe- oder Reservearbeiten,* die von einer *zentralen staatlichen Arbeitslosenkommission* geführt werden. Dort erhalten die Leute keine Tariflöhne, sondern von den Behörden festgesetzte »Normallöhne«, die auch auf die Landarbeiterlöhne Rücksicht nehmen. Es handelt sich um Arbeiten, deren Ausführung keineswegs dringlich wäre. Vor allem bauen die Arbeiter neue Wege. Der Durchschnittslohn beträgt ungefähr 4,50 schwedische Kronen pro Tag, in Einzelfällen auf dem Lande nur 2,50 Kronen. Eine Verbesserung der Bedingungen der Notstandsarbeiter im Vergleich mit der Zeit der bürgerlichen Politik ist doch erreicht worden.

Die Arbeiter, die keine Arbeit bekommen können, bekommen Unterstützungen in barem Geld. Die Gemeinden haben die Unterstützung in ihrer Hand, bekommen aber Staatszuschüsse. Sie können sogar bis 90 Prozent ihrer Auslagen für solche Zwecke zurückvergütet bekommen. Das Ziel der Regierung ist doch, die Arbeitslosigkeit hauptsächlich mit Arbeit zu bekämpfen. Jetzt kann man summieren: 60,000 Arbeiter haben Beschäftigung in den öffentlichen Arbeiten, 40,000 in den Notstandsarbeiten (die noch als Arbeitslose gerechnet werden) und ungefähr 30,000 sind auf Arbeitslosenunterstützung oder Armenfürsorge angewiesen.

Das Resultat dieser Regierungspolitik ist, *daß wir jetzt trotz der großen Weltwirtschaftskrise es beinahe nur mit »normaler« Arbeitslosigkeit zu tun haben. Jetzt haben in Schweden 60,000 Arbeiter mehr Beschäftigung als während der letzten Hochkonjunktur.* Dies aber wäre unmöglich, wenn der Staat nicht kräftig eingegriffen hätte. Die Gegner, die behauptet hatten, daß die Regierungsmaßnahmen die Volkswirtschaft lahmlegen würden, haben große Schwierigkeiten, diese Behauptungen jetzt aufrechtzuerhalten.

Die öffentlichen Arbeiten sind durch kurzfristige Staatsanleihen finanziert worden. *Schweden schwimmt ja jetzt im Kapitalüberfluß: Die Großbanken haben ungefähr 300 Millionen unverzinstes Geld in der Reichsbank deponiert. Der Staat kann deshalb sehr billiges Geld bekommen. Diese Anleihen werden voraussichtlich in sechs Jahren durch Extra-Vermögenssteuern und Extrasteuern auf Einkommen über 8000 Kronen und durch eine erhöhte Erbschaftssteuer getilgt sein.*

Die *Agrarpolitik* hat vor allem beabsichtigt, die freie Bauernschaft Schwedens vor dem Untergang zu retten. Die Weltmarktpreise, vor allem die für die animalischen Produkte, sanken zu Anfang des Jahres

1933 so furchtbar, daß die frühere freihändlerische Einstellung der Sozialdemokratie den Ruin der Bauern sowohl als der Landarbeiter bedeuten mußte. Deshalb hat die Regierung planwirtschaftliche Maßnahmen empfohlen, um die Preise der Agrarprodukte, vor allem Fleisch, Eier, Kartoffeln und Milch, zu *stabilisieren,* darunter auch eine Margarinesteuer, um den Preissturz der Butter und der Milch zu hemmen. Diese Maßnahmen waren vor den Wahlen nicht beabsichtigt. Die verschärfte Krise machte sie aber notwendig. Die Bauern haben erfahren, daß die Sozialdemokratie die Initiative ergriffen hat, die Agrarbevölkerung zu retten. Für die Nazis war später bei den Bauern nicht mehr viel zu holen.

In heftigem Kampf gegen die Gegner ging die schwedische Sozialdemokratische Partei diesen Herbst in die Landstingswahlen. Diese Wahlen bestimmen die Zusammensetzung der Provinzvertretungen, die auch die Mitglieder der ersten Kammmer wählen. *Die Wahlen wurden trotz einer furchtbaren Hetze der Bürgerlichen und der Kommunisten für uns zu einem glänzenden Erfolg.* Obgleich die Partei bei den letzten Landstingswahlen einen großen Sieg erkämpft hatte, konnte sie noch einmal einen gewaltigen Stimmenzuwachs verzeichnen. Die Partei eroberte 39 neue Mandate, erhielt 508 Mandate von 1140 *und erhöhte ihre Stimmenzahl um 120,000 Stimmen. Der andere Sieger des Wahlkampfes war die Bauernpartei, die die Regierungspolitik gestützt hat* und noch weiter stützt. Die Nationalsozialisten haben nur 8000 Stimmen und die Moskau-Kommunisten im ganzen Lande nur eine Absplitterung der Rechtspartei, haben beinahe keine Wähler bekommen.

Das Resultat ist also, *daß die schwedische Sozialdemokratie jetzt die schlimmste Krise durchgefochten hat und daß die sozialdemokratische Regierung es verstanden hat, den Kampf wider die Krise mit Initiative und Tatkraft zu führen, ein stärkeres Volksvertrauen als jemals hinter sich hat.* Wir gehen dem Kampf um eine Umgestaltung der Volkswirtschaft und um die dauerhafte Lösung der Volksversorgungsfragen entgegen. Die schwedische Sozialdemokratie steht einig und gerüstet in diesem Kampf und freut sich, eine Jugendbewegung von mehr als 100,000 Mitgliedern zum wertvollen Bundesgenossen zu haben.

Krisenbekämpfung in Norwegen

Von Jörgen Dahl.

Die ökonomische Lage des Landes.

Als neutraler Staat während des Weltkrieges hatte Norwegen ungewöhnlich gute Konjunkturen. Insbesondere brachte die große Schifffahrtsflotte des Landes eine im Verhältnis zu normalen Zeiten abenteuerlich große Einnahme. Die Industrie hatte eine ungewöhnlich günstige Expansionsperiode, und die Landwirtschaft bekam hohe Preise und war befreit von Verkaufsschwierigkeiten.